



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Inseritionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herben zu richten. Redakteur: R. Zahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 29

Charlottenburg, den 17. Juli 1903

30. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!**

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

#### Sperrren.

Die **Vollsperrre** besteht über Tillowitz und Firma Albersweiler, Arneburg, Freienorla. Tettau (Sonntag u. Söhne).

#### Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Ja. Rednagel), Mithaldensleben (außer W. Gerike C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Baetsch), Garitz, Gerseweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Ramenz i. S. (Wogt), Königszell, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Ilmenau (Abicht), Langwiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Der Vorstandsvorstand.

#### Redakteur-Wahl!

Die Vorstandssitzung vom 2. Juli beschäftigte sich mit der Frage der Neuwahl eines Redakteurs und Expedienten der „Ameise“.

Es lagen 11 Bewerbungen vor, alle 11 Bewerber sind Mitglieder des Verbandes.

Der Vorstand war sich einig darüber, daß er allerdings zur vorläufigen Besetzung des Postens bis zur nächsten Generalversammlung berechtigt sei, daß es aber in Erwägung verschiedener Umstände und im Interesse des neuen Redakteurs geboten erscheine, die Mitglieder entscheiden zu lassen. Zu einer Auslese unter den Kandidaten hielt sich der Vorstand allerdings für unabweislich verpflichtet, um einer allzugroßen Stimmenzersplitterung und einer event. daraus resultierenden Unzufriedenheitswahl vorzubeugen.

Bei Prüfung der Bewerbungen kommen in Frage:

1. Polemische und literarische Fähigkeiten (Schrift, Satzbau, Interpunktion, Behandlung und Beherrschung des Stoffes);
2. Kenntnis der Arbeiterbewegung und bisherige Tätigkeit innerhalb derselben;
3. wie weit sich die wünschenswerthe Kenntnis der Arbeitergesetzgebung voraussetzen läßt.

Auf dieser Grundlage wurden zunächst sieben Bewerber als minder qualifiziert ausgeschaltet. Der Vorstand hat diesen Mitgliedern mit Erfolg nahe gelegt, ihre Bewerbungen als aussichtslos zurückziehen.

Die Namen der von der Kandidatur Zurückgetretenen bekannt zu machen, erübrigt sich und auch diesbezügliche „vertrauliche Anfragen“ könnten keine Berücksichtigung finden.

Es kamen dann folgende 4 Mitglieder in Konkurrenz:

**Emil Hoffmann** - Ilmenau. Teilnehmer an der Generalversammlung des Verbandes 1902, am Gewerkschaftskongress zu Stuttgart 1902. Vorsitzender der Zahlstelle, des Gewerkschaftskartells und der Agitationskommission Ilmenau. Schriftführer der Beschwerdekommision des Verbandes. Gemeinderathsmittelglied.

**Bernhard John** - Dresden. Teilnehmer am Gewerkschaftskongress zu Berlin 1896. Vorsitzender der Generalversammlung des Verbandes 1900. Vertrauensmann der Verwaltung Dresden. Vorsitzender der sächs. Agitationskommission. Delegirter im Gewerkschaftskartell.

**Josef Seelmann** - Kronach. Teilnehmer an der Generalversammlung des Verbandes 1902. Sekretär des Arbeiterssekretariats zu Kronach. Vorsitzender des Gewerkschaftskartells für Kronach und Umgegend.

**Fritz Zietsch** - Saalfeld. (Einzelmitglied der Zahlstelle Berlin II.) Redakteur des Saalfelder „Volksblatt“. Landtagsabgeordneter für Meiningen (das Landtagsmandat erlischt im September, kann also nicht hinderlich sein). Zietsch hat in der Organisation keinen Ber-

trauensposten inne, was sich durch die Entfernung Saalfelds von den nächsten Zahlstellen und die mit seinen Aemtern verbundene intensive politische Thätigkeit hinreichend erklärt. Durch gewerkschaftliche Vorträge in den Zahlstellen im weiten Umkreis Saalfelds hat aber auch er der Organisation gedient.

Die Wahl des Vorstandes unter diesen vier Bewerbern fiel auf Genossen **Zietsch** - Saalfeld, welcher den zu stellenden Anforderungen durchaus am besten zu entsprechen scheint, eine mehrjährige Erfahrung als Redakteur und Expedient schon mitbringen würde.

Der Vorstand überläßt es nun den Mitgliedern, ob dieselben seine auf Genossen Zietsch gefallene Wahl durch Mitgliederabstimmungen bestätigen, diesen also ebenfalls wählen wollen, oder einen der drei andern Kandidaten: Hoffmann, John, Seelmann.

Wenn weder Zietsch noch einer der andern drei Kandidaten die absolute Mehrheit erhält, findet später Stichwahl statt.

Der Abdruck der von den vier zur Wahl Gestellten eingesandten Artikel ist in voriger Nummer der „Ameise“ zu finden.

Für die meisten Mitglieder wird es ja schwer sein, die Qualifikation der Bewerber nach deren Prüfungsartikeln zu bemessen. Immerhin werden diese aber doch in die Waagschale fallen. Es darf daher auch nicht verschwiegen werden, daß der Artikel von Zietsch ohne jegliche Korrektur in Druck gelangen konnte, während bei den andern doch verschiedentlich Satz und Form geglättet bzw. Interpunktionsfehler korrigirt werden mußten.

Die Wahl muß überall an einem der drei Tage, des 18., 19. oder 20. Juli, erfolgen und zwar in Zahlstellenversammlungen durch Stimmzettel vollzogen werden. Die Wahlergebnisse sind sofort nach Schluß der Versammlungen unter Beifügung der Stimmzettel an das Verbandsbureau einzusenden. Resultate, welche später als am 22. Juli im Bureau eingehen, sind ungültig. Auch wenn



die Wahl an andern Tagen als vom 18. bis 20. Juli erfolgt, ist dieselbe ungültig.

Auch die auswärtigen Mitglieder der Zahlstelle Berlin II wollen an den Tagen des 18., 19. oder 20. Juli ihre Abstimmung per Karte an den Kassier Wunt einsenden. Wenn mehrere Mitglieder an einem Orte sind, muß dies gemeinsam auf einer Karte geschehen.  
Der Verbands-Vorstand.

### Zum Beihilfefond.

Der Antrag Budau, eine Mitgliederabstimmung zu veranlassen über „Die obligatorische Einführung des Beihilfefonds für den Verband im Prinzip“ ist als erledigt zu betrachten. Die in Nr. 22 der „Ameise“ vom 29. Mai dargelegte Vermuthung des Vorstandes, daß die Auffassung über den Zweck und die Wirkung des Antrages in den Zahlstellen, welche den Antrag unterstützt haben, verschiedene sein könnten, hat sich als durchaus richtig erwiesen. Wieweit die andere Vermuthung, daß der auf eine Aenderung des Verbandsstatuts abzielende Antrag an einzelnen Orten möglicherweise nur von Versammlungen der Beihilfefondmitglieder und nicht, wie dies erforderlich wäre, von Zahlstellenversammlungen aller Verbandsmitglieder unterstützt worden sei, zutreffend war, ist nicht festgestellt, weil noch nicht die Hälfte der Antragsteller sich darüber geäußert hat. Jedenfalls hat der Antrag Budau nach der Bekanntmachung des Vorstandes vom 29. Mai nicht mehr die erforderliche Unterstützung gefunden und kann daher nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Die Zahlstelle Altwasser hat ihren Antrag 3 unter Zustimmung der Mitanttragsteller durch Einfügung des Wortes „vierteljährlich“ eine genauere Fassung gegeben und werden nun die von Altwasser und beteiligte Zahlstellen gestellten Anträge den Mitgliedern des Beihilfefonds zur Abstimmung unterbreitet.

Die Anträge lauten:

Antrag 1: § 3 Absatz 1 des Beihilfefond-Reglements soll heißen: Mitglieder, welche 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, können bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit eine wöchentliche Beihilfe nach folgender Tabelle erhalten:

Nach 1-2 jähriger Mitgliedschaft	13 Wochen Beihilfe
" 2-3 "	" 26 "
" 3-5 "	" 39 "
" 5 "	" 52 "

Antrag 2: § 14 Absatz 3 soll heißen: Begräbnisgeld kann mit Ausnahme der nach § 10 Absatz 2 ausgesteuerten Mitglieder nach 52 wöchentlichen bis 5 jähriger Mitgliedschaft die Hälfte der in § 3 (Tabelle) genannten Sätze und nach 5 jähriger Mitgliedschaft der volle Betrag gezahlt werden.

Antrag 3: Dem Vorstande wird die Pflicht auferlegt, zum Schutze des Beihilfefonds, zum Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe erforderlichenfalls nach Bedürfnis vierteljährlich zwei Extrabeiträge zu erheben.

Begründung: Zu 1 und 2: Obwohl wir die Ueberzeugung haben, daß nach Annahme dieser Anträge noch nicht die Gewähr vorhanden ist, daß der Beihilfefond nun endgültig gesichert wäre, so ist es aber nach unserer Ansicht unbedingt nöthig, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wodurch eine Entlastung des Beihilfefonds herbeigeführt wird und dies geschieht durch Annahme unserer Anträge.

Zu 3. Die Berechtigung Extrabeiträge für den Beihilfefond nach Bedürfnis zu erheben, muß dem Vorstand unbedingt zuerkannt werden, damit er bei eintretender Nothlage sofort Mittel zur Hand hat, um

ein rapides Sinken des Kassenbestandes verhindern zu können.

Für die Abstimmung ist maßgebend: Nur Mitglieder des Beihilfefonds sind stimmberechtigt. Die Abstimmung muß überall bis spätestens den 31. August vollzogen sein. Das Resultat der Abstimmung muß sofort nach der betr. Versammlung an das Verbandsbureau eingesandt werden. Zu berichten ist: Zahl der anwesenden Mitglieder des Beihilfefonds und zu jedem der Anträge 1, 2 und 3 wieviel Personen dafür und wieviel dagegen gestimmt haben, ferner wieviel sich der Abstimmung enthalten haben. Resultate, die nach dem 1. September im Verbandsbureau eingehen, sind ungültig.

Der Vorstandsvorstand.

### 73. Vorstandssitzung vom 23. Juni 1903.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlt Zarges. Der Redakteur Jahn hatte einen kurzen Schriftsatz verfaßt, welchen er in der Nr. 26 der „Ameise“ als „Nachschrift“ zu dem von ihm verfaßten Schriftsatz „In eigener Sache“ der Öffentlichkeit unterbreiten wollte, ohne vorher dem Vorstand von dem Inhalt Kenntniß gegeben zu haben. Indem mit dem Redakteur vereinbart worden ist, daß derselbe in keiner Weise durch den Vorstand behindert werden soll, in seiner Angelegenheit für das Organ zu schreiben was ihm beliebt, nur soll er dem Vorstand die Möglichkeit geben, durch vorherige Kenntnissgabe der Manuskripte auch die Auffassung des Lesers zum Ausdruck bringen zu können, wird beschlossen, diese Nachschrift von der Veröffentlichung auszuschließen, so lange der Redakteur nicht dem bezügl. Vorstandsbeschlusse entsprechend verfährt. Der Vorstand hält nach wie vor an der Auffassung fest, daß es nicht nur sein gutes Recht, sondern Pflicht und Schuldigkeit ist, darüber zu wachen, daß das Verbandsorgan von einem Einzelnen nicht dazu benutzt wird, den Thatsachen zuwiderlaufende Mittheilungen in die Öffentlichkeit zu bringen, welche geeignet wären, das Ansehen der Organisation zu schädigen, ohne daß dem Vorstand es möglich ist, rechtzeitig die nöthigen, den Thatsachen entsprechende Korrekturen eintreten zu lassen. — Von Lettau wird mitgeteilt, daß die Situation unverändert sei. — Zuschriften von Schletterbach, Selb und Wunstedel sind mit Kenntnissnahme erledigt. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 30 309 Meisen wegen Verzögerungen bei der Anweisung auf Unterstützung wird als unbegründet zurückgewiesen, nachdem das Mitglied durch zu hohe Beitragsrechte selbst die Schuld trug, daß Anweisung bei Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht gegeben werden konnte. — Bezüglich beantragten Rechtsschutzes für 24 521 Berlin II (Einzelmittglied) wird Beschlusfassung bis nach Abschluß der Recherche vertagt. — Karl Winkler, Georg Majunke, Fritz Schael, Franz Gottschalk, Hermann Störner, sämmtlich in Breslau, Gustav Heiderich in Sorgau, sowie ein Mitglied in Kahla werden mit je 3 jähriger Straffenzzeit in den Verband aufgenommen. — Die Stzeichung der Mitglieder 31 422, 31 987, 31 988 und 31 896 Unterweibach wird ausnahmsweise, unter bestimmten Bedingungen aufgehoben. — Ein Antrag des Mitgliedes 15 142, demselben die heimliche Mitgliedschaft zu gestatten und der Zahlstelle Berlin II zu überweisen, wird vertagt und Recherche beschlossen. — Beihilfefond: Die Zahlstelle Budau hält es für überflüssig, ihrem, in Gemeinschaft mit der erforderlichen Anzahl von Zahlstellen, gestellten Antrag auf allgemeine Mitgliederabstimmung, eine, dem Vorstandsbeschlusse entsprechende präzisere Form zu geben, sowie die sonst noch vom Vorstand geforderten Unterlagen zu beschaffen und beantragt, daß die Mitgliederabstimmung über den Antrag der Zahlstellen in vorstehender Form zu veranlassen sei. Beschlossen wird, der Zahlstelle Budau mitzutheilen, sofern bis zum 6. Juli den Anforderungen des Vorstandes nicht entsprochen wird, muß die ganze Angelegenheit als erledigt betrachtet werden. — Ein Antrag des ausgesteuerten Mitgliedes 6101 Schramberg, demselben eine neue Anspruchsberechtigung zu gewähren, wird abgelehnt.

G. Wollmann, J. Schneider, Vorsitzender, Schriftführer.

### 74. Vorstandssitzung vom 30. Juni 1903.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlt Schulte. Die Situation in Lettau ist unverändert; der Unternehmer wendet anscheinend alle Mittel an, um „Arbeitswillige“ zu erhalten, bis jetzt jedoch sind alle Bemühungen erfolglos geblieben. Für außerordentliche Ausgaben werden 98 M. aus freiwilligen Mitteln bewilligt; die Zusätze aus freiwilligen Mitteln werden für vorläufig weitere

2 Wochen bewilligt. Indem der Vorsitzende wegen bringender Geschäfte im Bureau von Lettau abreisen muß, die Anwesenheit eines Vorstandsvertreters für die nächsten Tage aber nothwendig erscheint, wird beschlossen, den Schriftführer nach Lettau zu delegiren. Auf Anfragen verschiedener Zahlstellen ob zum Zwecke der Geldsammlungen für die Ausgesperrten in Lettau, besondere Sammelisten vom Vorstand herausgegeben werden, wird beschlossen, es jeder Zahlstelle zu überlassen, in welcher Art die Gelder gesammelt werden sollen, wobei zu bemerken ist, daß auch der Verkauf von Streikmarken an Nichtmitglieder zulässig ist. — Zuschriften von Fürstenberg a. D., Hüttengrund, Budau, Freienorla und Köln-Ghrenfeld sind mit Kenntnissnahme erledigt. — Von Stückerbach wird mitgeteilt, daß Lohnreduktionen bei den Drechern stattgefunden haben; jedoch ist bedauerlicherweise unter den in Stückerbach herrschenden Verhältnissen an eine Abwehr nicht zu denken. — Die Sperre über Firma Hackenberg, Berlin, Yorckstraße wird auf Antrag der Zahlstelle Berlin II aufgehoben. — Das Mitglied 23040 Elsterwerda soll aufgefördert werden, sein Verhalten im Betrieb zu ändern und so einzurichten, daß Betreffender sich mit den Verpflichtungen eines Verbandsmitglieds nicht in Widerspruch setzt. — Dem Mitglied 29 372 Berlin II (Einzelmittglied) wird die beantragte Unterstützung abgelehnt, nachdem durch inzwischen erfolgte Recherche es sich herausgestellt, daß eine Arbeitslosigkeit im Sinne des § 1 U. N. nicht vorhanden war. — Dem Mitglied 30 227 Berlin II (Einzelmittglied) werden Jahrgelder bewilligt. — Dem Mitglied 28594 zur Zeit in Brambach werden die beantragten Jahrgelder nicht bewilligt, indem die Anspruchsberechtigung nach 5 Monaten nicht mehr kontrollirbar ist. — Die beantragten Fahr- und Umzugsgelder für 21472 Göttha werden abgelehnt, solange das Mitglied nicht den geforderten Nachweis erbringen kann. — Dem Mitglied 26 905 Kahla wird Unterstützung nach Ablauf der Kündigungsfrist bewilligt. — Die beantragte Weiterunterstützung für 2244 Scheidewitz wird nach § 10 U. N. abgelehnt. — Unterstützung für 16586 und 22975 Ahlfeldt wird bewilligt. — Eine Zuschrift von Lichte wird zur Kenntniss genommen und weiterer Bericht abgewartet. — Die Zahlstelle Hohenberg wird auf Grund des § 34 Abs. 4 St. aufgelöst. — Die Zahlstellen Laut und Schelm sollen aufgefördert werden, spätestens bis zum 6. 7. cr. die Abschlüsse und Gelder pro 1. Quartal 1903 einzusenden, andernfalls erfolgt Auflösung der Zahlstellen. Den Agitations-Kommissionen des 17. und 22. Bezirkes soll diesbezügliche Mittheilung davon gemacht werden.

G. Craay, J. Schneider, stellv. Vorsitzender, Schriftführer.

### Utopie und Experiment.

Nach einem Vortrag von Franz Lauffötter, Hamburg.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Gegenwart ist über die Utopien hinausgewachsen, das Studium des Gesellschaftslebens ist zu einer Wissenschaft geworden. Wir laufen nicht mehr Hirngespinnsten nach, sondern stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit. Wie jede andere exakte Wissenschaft muß sich auch die moderne Gesellschaftswissenschaft auf das Experiment stützen: das soziale Experiment ist die große Forderung der Neuzeit. Gerade wie man vor Jahrhunderten im Gebiete der Naturwissenschaft die Phantasie spielen ließ und erst spät dazu überging, praktische Versuche anzustellen, so dämmert auch bei den Gesellschaftswissenschaftlern allmählich die Ueberzeugung auf von der Nothwendigkeit, auf dem Wege der Induktion neue Erfahrungen zu sammeln. Und ebenso, wie man das ganze Mittelalter hindurch unbewiesenen Dogmen Glauben schenkte, lediglich deshalb, weil sie von irgend einer Autorität aufgestellt worden waren, ebenso giebt es auch noch heute im Gebiete der sozialen Wissenschaften Dogmengläubige, die mit genau derselben Gedankenlosigkeit den modernen Autoritäten folgen, wie jene einmal den christlichen Priestern. Aber gleich wie der naive Glaube des Mittelalters vor den Ergebnissen der Naturwissenschaften nicht Stand halten konnte, so wird auch die Experimentalwissenschaft auf sozialem Gebiete mit den Vorurtheilen aufräumen. Wohl lächeln



noch heute die Dogmengläubigen, wie einstmalig ihre mittelalterlichen Vorgänger, über die Experimentiererei, über das Hin- und Hertasten der sozialen Praktiker; sie, die Anhänger der sozialen Dogmen, glauben sich im Besitze der alleinigmachenden Wahrheit und fahren jeden Menschen unwillig an, der durch Versuche dieser vermeintlichen Wahrheit auf den Zahn fühlt. Millionen von Menschen glauben heutzutage an das Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus und andere Dogmen, weil sie sich der Autorität der großen Sozial-Theoretiker willenlos beugen. Das jurare in verbum magistri, das Schwören auf das Wort des Lehrers, ist heute vielleicht noch eben so weit verbreitet, wie einst im Mittelalter. Welch ein Geschrei erhob sich nicht, als z. B. Bernstein den Marxismus zu revidieren begann! Wollte man es nicht zu einem todeswürdigen Verbrechen stempeln, daß er an dem guten Alten, dem Ueberlieferten, zu rütteln wagte? Hätte man den Reker nicht am liebsten verbrannt? Empfand man nicht noch heute, gerade wie im Mittelalter, die Kritik der Dogmen als ein Nörgeln, eine Störung der öffentlichen Ruhe, eine Niederträchtigkeit?! Und nun erst die Forderung, das soziale Experiment als einen berechtigten Faktor in die Gesellschaftswissenschaft einzufügen! Die Unentwegten und Zielbewußten weisen diese Forderung weit von sich, sie verachten die Palliativmittelchen und gehen aufs Ganze. Und in dieser Verachtung der Empirie geben sie den Scholastikern des Mittelalters nichts nach.

Den Verächtern des sozialen Experiments, wollen wir ein solches großes Styls vor Augen führen: das Sozialistengesetz unseligen Andenkens. Das Sozialistengesetz war ein Versuch, eine aus den wirtschaftlichen Zuständen Deutschlands hervorgewachsene geistige Massenbewegung durch polizeiliche Maßregeln zu unterdrücken. Dieses Experiment mißlang und mußte mißlingen, weil es von irrigen Voraussetzungen ausging und untaugliche Mittel anwendete. Dieses Experiment hat den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß der moderne Sozialismus nicht mit dem Polizeiknüppel totgeschlagen werden kann und dieser Beweis war so durchschlagend, daß es heutzutage in Deutschland keinen ernst zu nehmenden Sozialpolitiker mehr giebt, der sich von einem neuen Sozialistengesetz Erfolg verspräche. Ebenso ist der Versuch, die Massen des Proletariats durch das Zuckerbrot der Sozialreform gefügig zu machen, bislang gescheitert. Daß solchen Experimenten eine größere Beweiskraft inne wohnt, als den feinst ausgeführten theoretischen Beweisführungen, kann Niemand bestreiten.

Hier an dieser Stelle drängt sich uns nun die Kernfrage auf: Was soll und was will das soziale Experiment? Welche Stellung nimmt es ein in der sozialen Wissenschaft? Bekanntlich handelt es sich bei dem modernen Sozialismus um Probleme, hinsichtlich deren Lösbarkeit die Anschauungen unserer Zeitgenossen weit auseinandergehen. Was die Einen für so selbstverständlich halten, daß es ihnen kaum der Mühe werth erscheint, darüber in eine Diskussion einzutreten, das erachten die Andern für undurchführbar, für eine hirnerbrannte Narrheit. Und jede dieser Ansichten sucht ihre Richtigkeit zu beweisen, ohne daß Aussicht vorhanden wäre, den Gegner zu überzeugen. Da wäre es ohne Zweifel angebracht, durch ein beweiskräftiges Experiment die Sache definitiv zu entscheiden. Aus der großen Zahl der Streitfragen wollen wir nur einige wenige hervorheben: Läßt sich eine Menschengemeinschaft ins Leben rufen, die nicht auf der Basis des Privateigentums

an Produktionsmitteln beruht, sondern das Kollektivkapital zur Voraussetzung hat und die trotzdem ebenso produktiv arbeitet, wie die heutige kapitalistische? Werden die Menschen auch ihre Pflicht thun, wenn der Stachel des persönlichen Interesses und Besitzes weggefallen ist? Wird die Menschheit sich nach wie vor mühen, auch ohne daß das Demoflesschwert des Gesetzes und der Strafe über jedem Einzelnen baumelt? Wie werden Menschen zusammenleben und zusammenarbeiten, bei denen es weder Privateigentum noch Hungerpeitsche giebt? Wie ist es möglich, dem einzelnen Menschen seine Menschenwürde und seine persönliche Freiheit zu gewährleisten in einer Gesellschaft, die korporativ und zentralistisch arbeitet? Läßt sich eine sozialistische Gesellschaftsform schon heute, wenn auch nur in den Grundzügen, praktisch durchführen? Erscheint es angängig, gewisse soziale Gebilde der heutigen Zeit trotz ihrer kapitalistischen Struktur mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen und sie dadurch zu Vorstufen einer sozialistischen Gesellschaft zu machen? In wie weit sind die Genossenschaften, als soziale Experimente betrachtet, hierzu geeignet? Diese und noch viele andere Fragen müßte man meines Erachtens experimentell zu beantworten suchen und zwar bin ich der Meinung, daß sich derartige Experimente sehr wohl in kleinem Rahmen anstellen lassen.

Wer wenig vertraut ist mit der Art und Weise, wissenschaftliche Experimente auszuführen, der wird allerdings bezweifeln, ob Experimente im Kleinen für das Ganze Werth haben oder speziell ausgedrückt, er wird es verneinen, daß man an einer Handvoll Individuen die Eigenschaften und das Verhalten einer größeren menschlichen Gemeinschaft studiren könne. Dieser Irrthum stammt, wie mir scheint, aus der gewöhnlichen Wechselwirkung zwischen einem Vorgange, einer Erscheinung und den Gesetzen, die denselben zu Grunde liegen. Die experimentelle Methode sucht diese Gesetze auf und wendet sie dann auf die Erklärung des Phänomens an. Der Physiker studiert den Regenbogen an dem durch ein Prisma gebrochenen Sonnenstrahl und den Blitz am Funken; den er aus der Elektrifiziermaschine hervorlockt. So erscheint es auch angängig, die Gesetze des sozialen Zusammenlebens an einer beliebigen Gruppe von Menschen zu studiren.

Ein italienischer Sozialist Giovanni Rossi hat in einer von ihm in Brasilien gegründeten Kolonie ein beachtenswerthes Experiment angestellt und berichtet darüber Folgendes: „Wir haben an mehr als dreihundert Personen experimentiren können, die sich längere oder kürzere Zeit in unserer Kolonie Cecilia aufgehalten haben. Unter diesen Leuten gab es außer Bauern und Arbeitern, die das Gros bildeten, auch Individuen aus den mittlern Klassen. In punkto Bildungsgrad hatten wir die größte Vielseitigkeit, vom Analphabeten bis zum Hochgebildeten. Von moralischen Qualifikationen waren vertreten: Egoisten und Altruisten, Gläubige, Indifferenten und Skeptiker, Duldsame und Intolerante, Vorurtheilsvolle und Abergläubige, Sanfte und Heftige, Optimisten und Pessimisten, alle haben sich vereint gefunden in ihrem täglichen Leben. In Hinsicht auf technische Befähigung und frühere Lebensgewohnheiten hatten wir Arbeitssame und Faule, Geschickte und Ungeschickte, Stadtleute und Landleute, Verheiratete und Celibate. Alle diese Personen haben außerhalb des kapitalistischen Eigentums gelebt, kollektiv produziert und kommunistisch konsumirt. Und doch sind, ohne Unterstützung durch die modernen Produktionsmittel, ohne einen anderen Antrieb als den gesunden Menschen-

verstand und den Wunsch, ein kollektives Wohlfühlen zu erlangen, Arbeiten jeglicher Art ausgeführt worden: schwere, ermüdende, gedulderfordernde, gefährliche, rein mechanische, intellektuelle, ländliche, industrielle Arbeiten. Wir haben einzeln und in Gruppen gearbeitet, frei und sicher vor jeder Kontrolle. Es sind Werke geschaffen worden von unmittelbarem Nutzen und solche, deren Nutzen erst nach Ablauf einer längern Zeitperiode sich bemerkbar machen konnte. Die Einwohner Cecílias haben frei von Gesetzen und Autorität gelebt und doch ist bei ihnen kein Verbrechen vorgekommen. . . .“

Hat ein solches Experiment denn überhaupt Werth? Dies wird von vielen bestritten, eben weil es sich um eine aus der kapitalistischen Umwelt herausgehobene Gruppe von Menschen handelt. Mir erscheint ein derartiges Experiment, wenn es mehrfach wiederholt wird, beweiskräftig genug, um gewisse Gesetze des sozialen Zusammenlebens klarzulegen; es erscheint mir als ein Versuch, festzustellen, ob sich bei vernünftiger Produktions- und Vertheilungsweise die antisozialen Triebe des Menschenherzens zurückdämmen und durch soziale Triebe ersetzen lassen. Dieser Versuch ist für eine zielbewußte Sozialpolitik, die auf eine Emanzipation der Menschheit aus körperlichem, geistigem und moralischem Elend lossteuert, von großer Bedeutung. Da es nicht möglich ist, mit einem Sprunge aus dem Kapitalismus in den Sozialismus hinüber hüpfen, ebensowenig wie es angängig ist, als Bürger eines kapitalistischen Staates zu Bett zu gehen und als Bürger einer sozialistischen Gesellschaft aufzustehen, so bietet gerade die Uebergangszeit — „das Hineinwachsen in den Zukunftsstaat“ — eine Fundgrube sozialer Experimente, die theils außerhalb, theils innerhalb des Rahmens der heutigen kapitalistischen Gesellschaft vorzunehmen sind. In ersterer Beziehung spielen die Koloniegründungen, die Neu-Gemeinschaften, eine wichtige Rolle, in letzterer Beziehung liefert die moderne Produktions- und Vertheilungsweise das Feld für interessante Versuche. Ich erinnere nur an die Versuche, das System der Gewinnbetheiligung einzuführen, oder einen Fabrik-Konstitutionalismus ins Leben zu rufen. Auch das Experiment, den Achtstundentag praktisch zu erproben, wie es zum Beispiel in der Reiß'schen Werkstätte in Jena gemacht worden ist, gehört hierher. Nicht minder auch ist die moderne Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung naturgemäß auf das soziale Experiment angewiesen.

Bis heute klingt es noch mehr oder minder legerisch, die Bedeutung des sozialen Experiments in den Vordergrund zu drängen, weshalb es auch für diesmal mit einer bloßen Anregung sein Bewenden haben mag. Meiner festen Ueberzeugung nach wird aber wie in allen andern Wissenschaften, so auch in der Gesellschaftswissenschaft das Experiment mehr und mehr zu Ehren kommen.

## Die Organisation der arbeitenden Jugend in Oesterreich.

Von Leopold Winarsky.

In den letzten Jahren ist in Oesterreich eine eigenartige Organisation entstanden: die der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter.

Sie rekrutirt sich in erster Linie aus den Lehrlingen des Kleingewerbes und der Fabriken. Um ihre Entstehung zu begreifen, müssen wir mit einigen Worten wenigstens auf die traurige Lage der Lehrlinge des Kleingewerbes in Oesterreich und das merk-



würdige System ihrer „Ausbildung“ näher eingehen.

Obwohl auch in Oesterreich die moderne Industrie ihren Einzug gehalten hat und die Konzentration des in industriellen Unternehmungen angelegten Kapitals rasche Fortschritte macht, ist doch die Zahl der Kleingewerbetreibenden noch eine beträchtliche. Das halbabsolutistische Regierungssystem stützt sich zum Theile auf die wirtschaftlichen Ideale der Vergangenheit nachstrebenden und daher auch politisch reaktionären Kleingewerbetreibenden. Schon im Jahre 1883 wurde ihre Forderung nach dem „Befähigungsnachweis“ erfüllt und ihnen eine ganze Fülle von zünftlerischen Einrichtungen gewährt, welche in anderen Ländern das heisse Sehnen aller Mittelstandsparteien bilden.

Dank der eigenthümlichen Reichsrathswahlordnung, die ihnen und den ihnen verwandten Schichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung eine ganz unverhältnismäßig große Zahl von Mandaten sichert, genießen sie auch einen politischen Einfluß und Machtantheil, wie in keinem andern Lande Europas.

Trotz aller dieser Vergünstigungen wird aber doch die wirtschaftliche Lage der österreichischen Kleingewerbetreibenden und Handwerker von Jahr zu Jahr trauriger, und die große Mehrzahl vermag sich nur durch unmenschliche Ausbeutung ihrer Arbeiter und durch unbegrenzte Lehrlingszuchterei über Wasser zu halten.

In diesem Streben werden die Gewerbetreibenden unterstützt durch die famosen Bestimmungen der österreichischen Gewerbeordnung, die wohl einen elfstündigen Normalarbeitstag für die Arbeiter der Fabriken feststellt, die Arbeitszeit im Kleingewerbe aber vollkommen unbeschränkt läßt. Die erwachsenen Arbeiter des Kleingewerbes haben sich in vielen Berufen durch eine stramme Organisation trotz alledem einen Arbeitstag von 11 bis 9 Stunden täglich erkämpft. Völlig schutzlos sind aber die Lehrlinge der Willkür ihrer Meister preisgegeben. Am meisten natürlich bei der großen Menge von Gewerbetreibenden, die überhaupt nur mit Lehrlingen arbeitet.

Dort herrschen denn allerdings schauerhafte Zustände, und eine Arbeitszeit von 14, 16, ja 18 Stunden täglich ist für die armen Jungen keine Seltenheit. Dabei ist von einer wirklichen Unterweisung im Beruf meistens gar keine Rede. Der Lehrling ist halb Hausknecht des Meisters, halb Diensthote der Meilerin, und wenn er wirklich im Beruf verwendet wird, so hat er bei der starken Spezialisierung der einzelnen Arbeitszweige im Handwerk oft durch die ganze Lehrzeit nur eine bestimmte Theilarbeit zu verrichten und bleibt ohne Kenntniß des ganzen Arbeitsprozesses. Am Ende der Lehrzeit müssen sehr viele Burschen infolge ihrer ungenügenden Ausbildung dem von ihnen „erlernten“ Gewerbe Valet sagen und als Hilfsarbeiter in irgend einer Fabrik Unterkunft suchen. Als einziges Ergebnis ihrer Lehrzeit haben sie dann die Erinnerung an ein qualvolles, in der Regel vierjähriges Martyrium, und als nothwendige Folge eine oft uneinbringliche Schwächung ihrer Gesundheit und Lebenskraft.

Die Zahl der jungen Leute, welche unter so traurigen Verhältnissen leben müssen, ist eine sehr große. Im Jahre 1894 waren bei allen Genossenschaften Oesterreichs 174 405 Lehrlinge eingetragen. Ihre Menge ist natürlich seither bedeutend gestiegen, und wenn wir die in Fabriken beschäftigten Lehrlinge dazu zählen, werden wir nicht fehl gehen,

wenn wir die Zahl der heute in Oesterreich vorhandenen Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter im Alter bis zu achtzehn Jahren mit 300 000 veranschlagen.

Welche Dimensionen die Lehrlingszuchterei annimmt, ergibt sich wohl am besten aus der Thatsache, daß im Jahre 1894 von den gezählten 5317 gewerblichen Zwangsgenossenschaften (Zünften) 161 bloß Lehrlinge und gar keine Gehilfen,\*) 342 doppelt soviel oder noch mehr Lehrlinge als Gehilfen, 670 mehr Lehrlinge als Gehilfen, jedoch nicht doppelt soviel, 115 ebensoviel Lehrlinge als Gehilfen und 1235 eine Lehrlingszahl von 50 bis 100 Prozent der beschäftigten Gehilfen auswiesen.

Die Handwerksmeister begnügen sich übrigens nicht damit, die Lehrlinge für ihre persönlichen Zwecke auszubeuten bis aufs Blut, sondern sie lassen sich, wie aus folgender Zusammenstellung der Einnahmen, welche die Wiener Meistergenossenschaften an Gebühren für das „Aufdingen“ und „Freisprechen“ der Lehrlinge in den Jahren 1895 bis 1900 erhoben, und der Ausgaben, die sie für Lehrlingszwecke gemacht haben, sogar noch von den armen Lehrlingen und deren meist ebenso armen Angehörigen die Kosten ihrer eigenen Berufsorganisationen bezahlen.

Jahr	Einnahmen an Aufdingen und Freisprechen gebühren Kronen	Ausgaben für Schulwesen abzüglich der erhaltenen Subventionen Kronen	Gewinn Kronen
1895	143715,54	40818,42	108897,12
1896	143257,46	50508,46	92744,00
1897	154588,86	65114,74	89469,12
1898	163308,74	68446,64	95857,10
1899	177249,72	111765,92	65483,80
1900	177440,52	92988,05	85407,47

Weit mehr als eine halbe Million Kronen\*\*) haben also im Laufe von sechs Jahren die Wiener Zwangsgenossenschaften (Meisterzünfte) von ihren Lehrlingen herausgezogen.

Schutzlos stehen die armen Burschen der Willkür ihrer Meister gegenüber. Außer den Gehilfen, soweit sie organisiert sind, nimmt sich niemand um sie an, denn die bürgerlichen „Volksparteien“ sind auf die Stimmen der Gewerbetreibenden bei den verschiedenen Wahlen angewiesen und hüten sich, sich mit ihren Wählern zu verfeinden. So entstand in den Köpfen einzelner Lehrlinge der Gedanke, eigene Vereinigungen zu gründen, die ähnlich der Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, von denen sie oft während der Arbeit in den Werkstätten reden hörten, für die besonderen Interessen der Lehrlinge einzutreten sollten.

Im Jahre 1893 begannen in Wien einige Lehrlinge ganz spontan Lehrlingsversammlungen einzuberufen, welche sich eines sehr starken Zulaufs erfreuten. In einer der Versammlungen wurde ein Komitee gewählt, das die Aufgabe hatte, Statuten für einen „Verein jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge“ auszuarbeiten. Von Seiten dieses Komitees wurde im Oktober 1894 ein Flugblatt, das zum Eintritt in die neue Organisation aufforderte, in 10 000 Exemplaren verbreitet. Es wurde eifrig gelesen und schon am 4. November 1894 konnte die gründende Versammlung des Wiener Vereins der jugendlichen Arbeiter abgehalten werden. Viele Lehrlinge meldeten sich sofort als Mitglieder und so war der Anfang gemacht.

Die jungen Leute entwickelten eine rege Thätigkeit und bald wurde es nothwendig, in einzelnen Bezirken Wiens Zahlstellen, später Ortsgruppen des Hauptvereins zu er-

\*) Offizieller Name der im österreichischen Kleingewerbe beschäftigten erwachsenen Arbeiter.

\*\*) Eine Krone = 85 Pfennige.

richten. Angeregt durch das Beispiel der Hauptstadt, begannen sich auch die Lehrlinge in verschiedenen anderen österreichischen Provinzen zu regen und gründeten eigene Vereine.

Freilich ging es dabei nicht ohne Kämpfe ab. Die bürgerliche Presse hatte zuerst die Lehrlingsversammlungen als eine humorvolle Abwechslung des Alltagslebens angesehen und ihre Berichte mit satirisch sein sollenden Bemerkungen über „die Herren Duben“, „das sozialistische Lehrlingenparlament“ und dergleichen mehr gewürzt. Als die Sache aber ernst wurde, die Lehrlingsagitation größere Dimensionen annahm und die neue Organisation, unterstützt von den Gehilfenvertretungen verschiedener Zwangsgenossenschaften, besonders gegen die entsetzliche Ausbeutung der Lehrlinge durch die Kleingewerbetreibenden energisch auftrat, da änderte sich gleich die Haltung der feilen Presse. Statt der satirischen Bemerkungen regnete es Denunziationen, und die Polizei, die Gewerbeschulkommissionen und was sonst noch von Behörden zur Verfügung stand, wurden aufgerufen, um die durch die sozialdemokratische Agitation gefährdete sittliche Erziehung der Lehrlinge zu schützen.

Die ganz von der in Wien herrschenden christlich sozialen Partei abhängige Wiener Gewerbeschulkommission hat erst in einer ihrer letzten Sitzungen sich neuerdings mit dem gefährlichen Treiben des „Vereins der jugendlichen Arbeiter“ beschäftigt und wie die Wiener „Rathhauskorrespondenz“ berichtet, „die allzu konnivente Haltung der Wiener Polizeidirektion der Statthalterei und des Ministeriums des Innern angesichts der von den Sozialdemokraten mit Hilfe dieses Vereins betriebenen Agitation unter schulpflichtigen Lehrlingen einer scharfen Kritik unterzogen“.

Die Kommission beschloß einstimmig: „neuerdings an die Vereinsbehörde heranzutreten, die Erledigung der anhängigen Eingaben zu verlangen und energisch dahin zu wirken, daß ehestens dem Treiben des genannten Vereins mit allen gesetzlich zustehenden Mitteln Einhalt gethan werde“.

Trotz aller Verbote wurde und wird die Gewerbeschule, in der die Lehrlinge zu Abendkursen zusammenkommen, zum Mittelpunkt der Agitation gemacht, und sie leistete auf diese Art vielleicht zum ersten Mal etwas für die wirkliche Erziehung ihrer Besucher. Der Nutzen der gewerblichen Fortbildungsschulen in Oesterreich ist im übrigen gleich Null. Dies wird schon dadurch illustriert, daß nach den Angaben Dr. Johann Pollizers in seinem Werke: „Die Lage der Lehrlinge im Kleingewerbe in Wien“ im Jahre 1897 von 174 405 für das Kleingewerbe ermittelten Lehrlingen bloß 84 135, also nur 49 pCt., die Fortbildungsschulen besuchten. Doch auch diese 49 pCt. gewinnen nicht viel in ihnen, denn für die fachliche Ausbildung leisten sie überhaupt nichts, und was sie ihren Schülern an allgemeiner Bildung auf Grund des lächerlich engherzigen Lehrplans vermitteln sollen, ist herzlich wenig. Aber selbst dieses Wenige wird nicht gegeben, weil der Unterricht erst in den Abendstunden von 1/2 7 bis 1/2 9 Uhr ertheilt wird, wo die tagsüber von sechs Uhr früh, öfters aber noch von früherer Stunde an geplagten, meist recht schwächlichen und unterernährten Burschen vor Müdigkeit außer Stande sind, dem Unterricht zu folgen. Gegen eine Verlegung des Unterrichts in die Tagesstunden spricht aber das auf möglichste Ausbeutung der kostenlosen Arbeitskraft gerichtete Interesse der Kleinmeister.

Als daher die Organisation der jugendlichen Arbeiter die Forderung nach einer



Gewerbeschulreform erhob und als erste Forderung die Verlegung des Unterrichtes auf die Tagesstunden aufstellte, rief dies den heftigsten Widerspruch in der christlichsozialen Presse hervor, der sich noch steigerte, als von der Organisation ein Lehrlingschutzkomitee eingesetzt wurde, das überwachen soll, ob von den einzelnen Meistern die Bestimmungen der österreichischen Gewerbeordnung über Sonntagsruhe, Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Personen und ähnliches eingehalten werden, und das den Lehrlingen gegen die häufigen brutalen Mißhandlungen durch die Lehrherren Schutz bieten soll. Im Wiener Gemeinderath und im niederösterreichischen Landtag wurde gegen die Lehrlingsorganisation gehetzt. Und wie die Heße gegen die Jugendorganisation in Wien einsetzte, folgte natürlich bald die Provinz. Auch die Polizei konnte auf die Dauer nicht zurückbleiben und löste den Grazer Verein der jugendlichen Arbeiter und die Ortsgruppe Margarethen des Wiener Vereins auf.

Doch durch alle diese Verfolgungen, alle die Reden, Zeitungsartikel und Denunziationen der Gegner vermochte die Ausbreitung und Stärkung der Organisation der jugendlichen Arbeiter ebensowenig gehemmt zu werden, wie durch die Scheinorganisationen, die halb, theils unter katholisch-klerikaler, theils unter deutsch-nationaler Flagge versucht wurden.

Es waren nicht bloß die Feinde des Proletariats, die sich dem Ausbau der Jugendorganisation hindernd in den Weg stellten. Auch in den Gewerkschaften wurden ängstliche Stimmen laut, die zum Ausdruck brachten, daß durch eine separate Jugendorganisation die Ausbreitung der Gewerkschaften nicht gefördert werden könne, und die es für vorthellhafter erklärten, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gleich von Anfang an ihrer Berufsgewerkschaft anzugliedern.

Diesen Einwänden wurde mit dem Hinweis begegnet, daß die separate Organisation dieser jungen vierzehn- bis achtzehnjährigen Proletarier aus praktischen Gründen vorzuziehen sei. Die erzieherischen Zwecke vor allem sind gewiß leichter zu erreichen, wenn nur junge Leute nahezu gleichen Alters sich zusammenfinden; in freier Aussprache und ernster Arbeit weitet sich der Blick, das Vertrauen zur eigenen Kraft erwacht und die Mitglieder werden für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf vorbereitet.

In der That sind trotz des verhältnißmäßig kurzen Bestandes der Jugendorganisationen bereits eine relativ große Zahl von Parteigenossen aus ihren Reihen hervorgegangen, die heute als tüchtige Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation geschätzt sind. So haben auch jene Genossen in den österreichischen Gewerkschaften, die zuerst als Gegner der selbstständigen Jugendorganisationen aufgetreten sind, vielfach ihre Meinung geändert. Auf mehreren Gewerkschaftstagen wurden Resolutionen zu Gunsten der Jugendorganisationen angenommen und auch der letzte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich (Aussig a. Elbe 1902) beschloß nach längerer Diskussion, die Genossen allerorts aufzufordern, der Jugendorganisation mehr Beachtung zu schenken und „überall dort, wo noch keine Vereine jugendlicher Arbeiter existiren, solche zu gründen“.

Unter diesen Umständen konnte gerade in letzter Zeit ein erfreulicher Aufschwung verzeichnet werden. In Wien bestehen bereits zwölf Ortsgruppen des Vereins jugendlicher Arbeiter mit etwa fünfzehn Provinzstädten. Mittlerweile wurden auch die vorher von der Besatzung zurückgewiesenen Statuten für einen

Reichsverband (Union) der jugendlichen Arbeiter bewilligt und es konnte daher vor einigen Monaten die Konstituierung dieses Verbandes vorgenommen werden, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die bisher zerplitterten Kräfte zusammenzufassen und zu einheitlichem, planvollem Wollen zu erziehen.

Die Hauptaufgabe der Lehrlingsorganisation ist die Erziehung. Es ist wohl selbstverständlich, daß seitens der Redner in den Agitationsversammlungen besonders die Verhältnisse der Lehrlinge besprochen werden, und es giebt auch gewisse Forderungen, für welche die Jugendorganisation in erster Linie eintritt. Die hauptsächlichsten sind das Verlangen nach der Beschränkung der Lehrzeit auf zwei Jahre, das Verbot der Verwendung von Lehrlingen zu häuslichen und anderen außergewerblichen Arbeiten und, wie oben schon bemerkt, die Forderung nach dem Tagesunterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen. Die übrigen Wünsche sind einfache Anwendungen der Forderungen der Gewerkschaftsorganisation auf die Lehrlingsverhältnisse, wie die Forderungen nach dem Achtstundentag, der Sonntagsruhe und anderes mehr. Alle bis jetzt aufgeführten Punkte sind aber nur Palliativmittel und können nur als Uebergangsbestimmungen zur völligen Beseitigung der Meisterlehre angesehen werden. Erst mit ihrem Falle und der Einrichtung von staatlichen Lehrwerkstätten, in denen die jungen Leute eine vollkommene praktische und theoretische Ausbildung für das von ihnen gewählte Fach erhalten können, wird die unmenschliche Ausbeutung der Kinder und jungen Leute durch das Kleingewerbe völlig verschwinden.

Wenn nun auch von der Jugendorganisation für bestimmte Forderungen agitiert wird, so ist es doch klar, daß ein eigentlicher Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie er Aufgabe der Gewerkschaften ist, von ihr nicht geführt werden kann. So wenig die Studenten eigene Kampforganisationen bilden können, weil sie keine kämpfende Klasse darzustellen vermögen, ebensowenig sind die Lehrlinge für eine solche Rolle geeignet. Die Lehrzeit ist nur eine Durchgangsstation, eine Vorbereitungszeit für die eigentliche Periode proletarischer Thätigkeit, und dementsprechend muß auch die Jugendorganisation die ihr angeschlossenen jungen Leute vorbereiten, heranbilden zu guten Soldaten des Klassenkampfes.

Einen großen Fortschritt in dieser Richtung bedeutete die Gründung eines selbstständigen Blattes für die Jugendorganisationen. Es erscheint unter dem Titel „Der jugendliche Arbeiter“ seit dem Oktober 1902 monatlich einmal. Von jeder Nummer werden 3000 Stück unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern selbst verkauft. Einzelne Nummern, so die Mainummer, hatten sogar eine wesentlich höhere verkaufte Auflage zu verzeichnen.

Zu bemerken ist noch, daß in Prag ein in tschechischer Sprache geschriebenes Blatt für die arbeitende Jugend unter dem Titel „Sbornik mládeže socialistické“ (Revue der sozialistischen Jugend) schon seit längerer Zeit besteht. Doch eine eigene Organisation der jugendlichen Arbeiter haben die tschechischen Genossen nicht. Auch unter den polnischen und italienischen Genossen in Oesterreich sind bis jetzt noch keine besonderen Jugendorganisationen geschaffen worden.

Vor kurzer Zeit hat der neugegründete „Reichsverband der jugendlichen Arbeiter“ eine Broschüre herausgegeben\*, der wir

\*) Julius Deutsch, „Die Lehrlingsfrage.“ Wien, Verlag des „Jugendlichen Arbeiter“. Preis 20 Heller.

einige der oben gebrachten Daten entnommen haben. Ihr Verfasser, Julius Deutsch, ist selbst als Mitglied der Organisation der jugendlichen Arbeiter durch die Schule des Wiener Vereins gegangen und vermag daher die Verhältnisse, welche die Organisation hervorgerufen haben, wie die Entwicklung, die sie seitdem genommen hat, mit der Zuverlässigkeit und Frische des Augenzeugen und Theilhabenden zu schildern.

In jeder Form: durch die Organisation sowohl wie durch Rede und Schrift sehen wir die Avantgarde der Jugend des deutschen Proletariats in Oesterreich an der Arbeit, und der Erfolg ihrer Thätigkeit kann nicht ausbleiben. Er wird sich zeigen in der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und in einem neuen Antriebe zur unauflösliehen Verbindung des Proletariats mit der Sache des Sozialismus.

(Die Neue Zeit).

### Aus unserem Berufe.

— In **Tettau** ist eine Veränderung der Situation nicht eingetreten; die Ausgesperrten stehen nach wie vor zusammen in der Erwartung, daß es ihnen gelingen wird und muß, das Koalitionsrecht für die Porzellanarbeiter in Tettau zu erkämpfen. Von Seiten der Firma bleibt kein Mittel unversucht, um die Ausgesperrten auseinander zu treiben. Insbesondere giebt sich die Firma die erdenklichste Mühe, das Vereinslokal der Arbeiterschaft abzutreiben. Selbst wenn dieses möglich wäre, müßten die Hoffnungen, welche von der Firma darauf gesetzt werden, unerfüllt bleiben, denn erfreulicherweise stände der Zahlstelle in demselben Augenblick, in welchem dieselbe ihr bisheriges Heim verlassen müßte, ein anderes zur Verfügung. Bis jetzt hat die Zahlstelle noch keine Veranlassung, deswegen verzagt in die Zukunft zu blicken. Hat die hiesige Firma bisher dafür gesorgt, daß die Arbeiterschaft zur eigenen Werthschätzung als Erzeuger aller Werthe gelangt, so helfen diese Kampfmittel dazu beitragen, daß die Arbeiter auch ihre Macht als Konsumenten einschätzen lernen.

Zuzug von außerhalb ist bisher nur wenig zu verzeichnen gewesen. Ein Steinguldreher Gali aus Regensburg, zuletzt in Elsterwerda, reiste am Montag, den 6. d. Mts. durch, kam jedoch am Freitag, den 10. d. Mts. wieder zugereist und versuchte Arbeit zu erhalten. Anscheinend benötigt die Firma aber Steinguldreher nicht, denn Gali mußte unverrichteter Sache wieder abreisen. Ein aus Scheibitz zugereister Maler reiste ebenfalls wieder ab, nachdem ihm bekannt wurde, um was es sich handelte. Eine ergötzliche Scene spielte sich am Dienstag, den 7. d. Mts. ab; mit dem um 11 Uhr Abends in Tettau einlaufenden Zuge kam ein Maler aus Böhmen zugereist. Derselbe wurde, nachdem er sein Gepäck den am Bahnhof anwesenden Ausgesperrten übergeben hatte, von Letzteren in liebenswürdigster Weise nach dem Vereinslokal begleitet. Kaum dort angekommen, erschien auch schon der Mitbesitzer der Fabrik, Herr Meusel, mit seinem Beamtenstab und den in Tettau stationirten Gendarmen. Nachdem Herr Meusel, welcher in das Lokal einzudringen versuchte und in ziemlich ungehämmerter Weise von dem Inhaber des Gasthofes Einsichtnahme in das Fremdenbuch verlangte, darüber belehrt war, daß ihm ein Recht hierfür nicht zustehe, und daß, wenn nach Eintritt der Polizeistunde kein Gast mehr das Lokal zu betreten habe, auch „Er“ keinen Einlaß mehr finden kann, rief der den sogenannten „besseren“ und „gebildeten“ Ständen



angehörnde Herr Meusel vor dem Lokal: „Jeder, der herauskommt, kriegt ein paar übergehauen“. Obgleich ich der Meinung bin, daß es sich in diesem Falle nur um eine bramabarstrende Redensart handeln kann, seien die Ausgesperrten auch an dieser Stelle ausdrücklich davor gewarnt, nicht etwa das Gleiche zu thun. Nach dem bekannten Rechtsgrundsatz: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“ und nach allen bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet, ist durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine gleiche Handlung, begangen von den „Ausgesperrten“, für diese von sehr schweren Folgen sein kann. Der Herr Gendarmerie-Kommandant rief von der Straße her, die erhobene Hand gegen das Lokal richtend: „Die Schweinerei muß aufhören“. Welche „Schweinerei“ aufzuhören hat, ist leider nicht gesagt worden. Indem aber auf Seiten der Ausgesperrten noch nicht das Geringste geschehen ist, was unter Umständen als „Schweinerei“ bezeichnet werden könnte, darf wohl ohne Weiteres angenommen werden, daß diese Worte auf die Ausgesperrten keinen Bezug haben sollen.

Der nach Böhmen entsandte Agent der Firma ist bisher immer noch nicht zurückgekehrt, anscheinend will es trotz der verlockendsten Versprechungen nicht gelingen, „Kausreißer“ zu finden. Die Ausgesperrten haben keinen Anlaß in Bezug auf die weitere Gestaltung der Dinge beunruhigt zu sein und sind es auch nicht. Die Ueberzeugung, daß nur von einem ehrlichen Frieden, aber von keiner willenlosen Unterwerfung die Rede sein kann, ist bei Allen vorhanden, welche jetzt noch im Kampfe stehen.

Joh. Schneider.

— Von **Stadtlengsfeld**. „Wenn ihr aus dem Berliner Verbands ausstretet und auf eure Mitgliedschaft in demselben verzichtet, so habt ihr bei „mir“ lohnende Lebensstellung“, also sprach am 7. September 1901 in der Porzellanfabrik in Stadtlengsfeld Herr Direktor Hans Grimm zu den organisierten Arbeitern. Auf diese schönen Verheißungen seitens Grimm hat sich die Hälfte der Organisierten (40) überreden lassen, auf ihr vom Staate gewährleistetes Recht zu verzichten. Hätten diese zu jener Zeit auch fest und treu zur Organisation gestanden, wie die Andern, so wäre diese Aussperrung nicht gewesen und wäre vielleicht so manches anders geworden. Was die verheißene, lohnende und dauernde Stellung anbelangt, so haben die Reduzierungen der Löhne seit dieser Zeit, wie es ja gar nicht anders zu erwarten war, manchen dazu getrieben, auf die „lohnende Lebensstellung“ zu verzichten und den Stadt-Lengsfelder Staub wieder von den Füßen geschüttelt.

Jetzt endlich nun, nach bald 2 Jahren seit der Aussperrung, hat auch dem Direktor Grimm seine Stunde geschlagen und mußte dieser eines schönen Tages die Fabrik verlassen. Nun, Herr Grimm, möchte man fragen, wo ist Ihre Lebensstellung und damit gleichzeitig auch die uns versprochene? Sehen Sie, unsere Organisation, welche Sie dazumal mit aller Macht und Kraft zersplittern wollten, besteht noch, aber Ihre so sicher glaubende Lebensstellung ist dahin! Das bekannte Wort, daß kein Baum in den Himmel wächst, ist damit wieder einmal zur Wahrheit geworden.

Zur Charakterisierung des p. Grimm möge Folgendes erwähnt sein: Seit dem vorigen Oktober befindet sich in den Räumen der Fabrik, welche zur Porzellanfabrikation nicht benutzt werden, eine Metermaß- und Zollstabfabrik. Die darin beschäftigten Holzarbeiter

haben von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und sich Mann für Mann organisiert und eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes gegründet. Anfang April d. J. feierten dieselben ihr 1. Stiftungsfest. Wie üblich haben sie nun die Herren Chefs, darunter auch Grimm, dazu eingeladen. Nach dem Vorkommniß mit der Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes hätte man doch glauben sollen, daß Grimm diese Einladung schroff zurückweisen würde — aber fehl geschossen — mit höflichem Danke dieselbe angenommen und der Zahlstelle obendrein als Geschenk noch 10 Mk. überwiesen. Mache sich Jeder hierzu selber einen Vergleich, auf der einen Seite die Zahlstelle und Verband vernichten, auf der andern dieselben pekuniar unterstützen. —

Es möge Vorstehendes für Manchen, welcher sich Ober oder Direktor schreibt, eine Lehre sein, denn, wenn er auch glaubt, noch so gut und sicher zu stehen und deshalb denkt, mit seinen Arbeitern umzuspringen wie es ihm beliebt, die rächende Nemesis kann ihn doch ereilen und ihn von seinem hohen Pferde, auf welchem er zu sitzen glaubt, herunter schleudern, wie sie es mit Grimm in Lengsfeld gethan hat. —

Aber auch jedem Kollegen, Berufsgenossen sowie Genossinnen, mag es ans Herz gelegt werden, auf solche Versprechungen und Verheißungen seitens der „Oberen“ nichts zu geben, sondern fest und treu zur Organisation zu halten, damit auch endlich wir einmal mit Hilfe derselben in die Lage kommen, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. **Stozheim.** C. M. . . r.

— **Blankenhein**. Bezüglich der in voriger Nummer mitgetheilten Differenzen der Tellerdreher bei der Firma Fackolt u. Eichel sei berichtet, daß diese Differenzen erledigt sind.

— **Aus Oesterreich**. Gesperrt sind dort folgende Firmen: Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark), Malerei für Apotheker-Standgefäße R. Franke in Wien; alle keramischen Betriebe in Brünn für Maler. — Der Posten des Redakteurs und Administrators für den „Porzellanarbeiter“ ist vom Vorstand des österreich. Porzellanarbeiter-Verbandes in Nr. 14 des „Porz.-Arb.“ ausgeschrieben. Die diesbezügliche Bekanntmachung lautet:

Der Posten eines Redakteurs und Administrators unseres Organs „Der Porzellanarbeiter“ ist am 1. Juli 1903 vakant geworden und daher neu zu besetzen. Bewerber um diese Stelle haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit bis 1. August 1903 an die Kanzlei des Porzellanarbeiter-Verbandes in Fischern Nr. 179 bei Karlsbad einzusenden. Nur Mitglieder unseres Verbandes werden zur Bewerbung zugelassen. Die Anstellung erfolgt provisorisch auf ein Vierteljahr, bei zufriedenstellender Thätigkeit dann definitiv. Das Gehalt beträgt jährlich 1664 Kronen. Der Inhaber des Postens ist für seine Thätigkeit, bezw. die Gestaltung und Haltung des Blattes dem Gesamtvorstand verantwortlich, im Uebrigen hat er das Blatt selbstständig zu leiten. Neben der Redaktion hat er die Expeditionsarbeiten allein zu vollziehen. Nachdem der „Porzellan-Arbeiter“ nur 14-tägig erscheint, daher eine volle Arbeitskraft nicht erfordert, wird verlangt, daß der Inhaber des Postens seine freie Arbeitszeit den übrigen Verbandsarbeiten mit widmet. Verlangt wird weiter, daß sich nur solche Bewerber melden, welche auch agitatorische Fähigkeiten besitzen und die nöthigen Fachkenntnisse haben. Zur Beurtheilung der letzteren werden die Bewerber

ersucht, einen fachlichen Artikel, die Verhältnisse der Porzellanindustrie betreffend, einzusenden.

Für den Verbandsvorstand:

Franz Palme, Wilhelm Stieler,  
Obmann. Schriftführer.

— Ueber die Thonwaarenfabrik **Arneburg** a. d. Elbe ist das Konkursverfahren eingeleitet worden; der Betrieb ist vorläufig eingestellt. Der erste Prüfungstermin ist auf den 4. August, die erste Gläubigerversammlung auf den 11. August anberaumt worden. Das Geschäft soll, wie mitgetheilt wird, mit ca. 170 000 Hypotheken und über 80 000 Mk. sonstigen Schulden belastet sein. Die Gläubiger (zumeist Arneburger Bürger) sind auf einen Verlust von ca. 100 000 Mk. gefaßt. Sämmtliche Forderungen müssen bis zum 1. August beim königl. Amtsgericht in Stendal eingereicht werden. Für die Arbeiter bedeutet dieser Konkurs ein herber Schicksalsschlag, sie müssen verdienten Lohn im Stich lassen und mit Schulden belastet Arneburg verlassen.

## Soziales, Gewerkschaftliches etc.

### Wirthschaftliche Rundschau.

Die Baumwollfrage, die wir früher bereits kurz streiften, ist in allen hervorragenden textilindustriellen Ländern mehr und mehr in den Vordergrund der Erörterungen gerückt.

Am 22. Juni beriet in Paris eine Versammlung der französischen Baumwollindustriellen über den Vorschlag einer einheitlichen Betriebskürzung, womöglich aller europäischen Konkurrenzgebiete; zu bindenden Beschlüssen gelangte man jedoch nicht. Aus Barcelona kam die Meldung, daß im spanischen Baumwollgewerbe umfangreiche Arbeiterentlassungen stattfänden, weil die Fabrikanten es für das ratsamste hielten, bei den hohen Rohmaterialpreisen nicht weiter zu fabrizieren. Aus Oesterreich und Rußland hört man von Außenlassen der Betriebe.

Am weitesten ist hierin England gegangen. Da die seit Pfingsten ergriffenen kleinen Mittel nicht fruchten wollten, so beschloß am 19. Juni eine größere Fabrikantenversammlung in Manchester, und zwar auf Vorschlag des Ausschusses des Spinnereiverbandes und im Einverständnis mit angesehenen Arbeitervertretungen, daß in den Lancashire-Spinnereien wöchentlich nur vier Tage gearbeitet werden solle; Mitglieder, die weiter produzieren wollten, sollten für den Tag pro Spindel  $\frac{1}{16}$  Penny Buße zahlen, sodas also ein Betrieb mit 80000 Spindeln für jeden weiter zur Produktion ausgenutzten Sonnabend oder Montag mit  $416\frac{1}{2}$  Mk. (L 20 16 s. 8 d.) Buße belastet wäre. Der Beschluß ist seit Sonnabend den 27. Juni in Kraft und soll in ganz Lancashire überraschend einmütig durchgeführt werden. Große, sehr wenig arbeiterfreundliche Kapitalistenblätter müssen mit süß-saurer Miene anerkennen, daß die Gewerkschaftsmethode die man so oft gelästert und verdächtigt hat, im Falle der Noth auch für Unternehmervereinigungen unentbehrlich und vorbildlich sind: die „Schwarzebeine“, die sich an dem soldatischen Vorgehen nicht beteiligten und die doch von der günstigeren Gestaltung des Marktes später mitprofitieren wollten, würden an ihre „Ehrenpflicht“ genau so gemahnt, wie man unter Arbeitern Streikbrechern der „verdienten Mißachtung“ preisgebe. Zeitungen, die so oft das Streikposterspielen (picketing) denuntzierten, müssen zugestehen, daß zwar nicht in der äußeren Form, wohl aber im inneren Prinzip die Kampfmittel der Fabrikanten gegen die Außenseiter ganz die gleichen seien und immer mehr als — berechtigt beurtheilt würden.

Auch aus Amerika kommen fast täglich Meldungen, daß man der Rohstoff-Spekulation energisch durch Mäßigung der Erzeugung in den Spinnereien zu wehren suche. Eine der größten Fabriken in Fall River hat schon bis zum 1. September Halbzeit in Aussicht genommen.

Die deutschen Spinner scheinen sich verhältnismäßig am reichlichsten zu relativ billigen Preisen eingedeckt zu haben. Sie sind vorläufig noch mit Rohmaterial versehen; außerdem gelang es ihnen, gewisse Preiserhöhungen für Garne durchzusetzen (bei den westdeutschen Baumwollspinnereien am 9. Juni um 2—3 Pfg. per engl. Pfund, am 16. Juni abermals um 1 Pfg.) Für Deutschland ist also die Frage bisher noch am wenigsten brennend.

Auf der anderen Seite scheint der amerikanische Spekulanterring mit großen Mitteln und unter sehr günstigen Voraussetzungen zu „arbeiten“. Die Fachblätter gaben folgende Schätzungsziffern für den Baumwoll-Wellmarkt am 20. Juni und während der damals laufenden Woche:



**Sichtbarer Weltvorrath.**

	1903	1902
Amerikanische Baumw.	1 262 000 B.	1 742 000 B.
Ägyptische	79 000 "	132 000 "
In Sicht gebracht während der Woche:		
Amerika	41 000 B.	56 000 B.
Ankünfte in inländischen amerikanischen Plätzen	4 000 "	6 000 "
Abfuhrungen von den Plantagen	1 000 "	4 000 "
Ankünfte in Alexandrien	1 387 Contors,	2 760 C.

Trotz der scharf anziehenden Preise bleiben also die amerikanischen Zufuhren weit hinter dem Vorrath und den Normalziffern zurück — ein Beweis, daß die Ernte so ziemlich als erschöpft zu betrachten ist. Ferner ist in den Ziffern viel minderwertiges und ganz unbrauchbares Material mitgehalten; im Süden der Vereinigten Staaten hatte das fünf Monate hindurch anhaltende schlechte Wetter das Pflanzen und die Einbringung der Baumwolle erschwert und die Qualität des auf den Feldern geernteten Produktes verschlechtert; man hat also beim Spinnen mit außerordentlich viel Abgangverlust zu rechnen. Aber alle diese notwendigen Abstriche hätte gelassen, so ergiebt sich bis September ein Ueberschuß des Marktes von 2 Millionen Ballen gegenüber einem normalen Bedarf von 2,8 Millionen Ballen. Setzt man die Vorräthe der Spinnereien im Durchschnitt einem 3- bis 4wöchentlichen Konsum gleich, so bleibt bis zum Eintreffen der neuen Ernte immer ein gähnendes Defizit wahrscheinlich, da die kapitalkräftige Spekulation es verstehen dürfte, etwaige weitere Reserverposten zurückzuhalten. Die Preise für Hochbaumwolle sind daher zuletzt in Amerika, dem Zentrum des Baumwollhandels, geradezu sprunghaft gestiegen. In New-York stellte sich der Kokopreis (Zents pro am. Pfund):

15. Januar	8,90
1. Februar	9,05
1. März	10,25
1. Mai	10,75
1. Juni	11,50
1. Juli	13,00

Vielleicht ist die täglich zu erwartende Ernteschätzung des Landwirtschaftsamtens in Washington der Preisstreiber der Herren Theodore G. Price, W. C. Brown und ihrer Helfershelfer in New-Orleans und New-York den ersten Dämpfer auf.

Vielleicht erreicht die Beschränkung der Nachfrage durch die europäischen und amerikanischen Textilfabrikanten ihr Ziel. Auf jeden Fall hat Europa seit dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861/66) keine so große Baumwollnoth durchgelitten wie in der Gegenwart. In Ägypten, in Indien, in Westafrika, im Sudan, in Ostafrika sucht man neue Quellen der Rohstofflieferung zu erschließen, um von Amerika unabhängiger zu werden, daß 1901/02 78 pSt. des Weltmarktesbedarfes lieferte (neben 17 pSt. aus Indien, 24 pSt. aus Ägypten, 1,7 Prozent aus Brasilien — russisch Mittelafrika ist außer Betracht gelassen, weil es nur russische Spinnereien versorgt).

Um so weniger Glück scheint im Augenblick das amerikanische Gründerkapital mit dem einst so maßlos angestaunten Schiffahrtsruhm des Herrn Morgan zu haben. Schon sechs Monate nach seinem Antritt steht dieser Ruhm vor einer Reorganisation, wenn nicht gar vor seiner Auflösung, da das Publikum die Trübsal der noch immer nicht aufzuheben will und die englische Cunardlinie, die sich dem Ruhm betreffs der einzuhaltenen Passagierpreise und Frachtraten angeschlossen hatte, ihren Vertrag zum 1. Juli gekündigt hat. Die einstigen Sobredner des erfolggekrönten New-Yorker Finanzstrategen sind wie mit einem Schlag zu den unerbittlichsten Kritikern geworden: der Ruhm könne garnicht gedehnen, da er die unbrauchbarsten Schiffe zum Preise modernster Dampfer erworben habe; halte er die Frachtraten mäßig hoch, so genüge das bei seiner Ueberkapitalisierung noch nicht, um zu florieren; wolle er jedoch die Raten darüber hinaus steigern, so springe überall die Konkurrenz von neuem empor und an ein Florieren sei alsdann erst recht nicht zu denken. Die deutschen (verbündeten, aber nicht einverleibten) Gesellschaften scheinen in der That nicht schlecht abzuschneiden. So lange der Ruhm funktioniert, erhalten sie bei guten wie bei schlechten Zeiten den fünften Theil ihres Aktienkapitals mit 6 pSt. jährlich verzinst; bricht der Ruhm zusammen, so werden die deutschen Rehrereten nichts verlieren, aber an Ansehen manches gewinnen. Das einzige Unerfreuliche an dem ganzen Zwischenfall wäre allenfalls, daß der englische Chauvinismus mächtig erregt wurde und auch heute noch zu Subventionen für die Hebung der englischen Schiffahrt viel mehr berechtigt ist als jemals früher.

Vom deutschen Produktionsgebiet ist wenig neues zu melden. Die Aufwärtsbewegung hält nach wie vor an, in langsamem, aber doch stetigem Schritte.

Dem früher entworfenen Bilde entspricht auch die Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller für die Roheisenproduktion des

Deutschen Reiches (mit Einschluß von Lugenburg). Die Produktion belief sich danach im Monat Mai 1903 auf 858 311 Tonnen, darunter Gießereirohisen 155 341 To., Bessemerrohisen 39 027 To., Thomasrohisen 519 215 To., Stahl- und Spiegel-eisen 57 628 To. und Puddeleisenerzeugnisse 87 105 To. Die Produktion im April 1903 betrug 824 452 To., im Mai 1902 710 420 To. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1903 wurden produziert 4 042 730 To. gegen 3 818 703 To. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Maiproduktion hat abermals einen neuen Rekord geschaffen; die bisher höchste Erzeugung im März 1903 ist wiederum um etwa 15 000 To. überholt worden. Recht wohl ist dabei aber niemandem zu Mute, denn die Preise lassen noch immer zu wünschen übrig und beim Aufhören des amerikanischen Begehres müßten sofort enorme Lagerbestände sich aufhäufen, da der Inlandsbedarf noch immer nur in langsamem Zeitmaß fortschreitet.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat plant eine Erhöhung des Aktienkapitals, um unverrichte Gruubensfelder — zunächst die der Internationalen Bahngesellschaft — anzukaufen und aus der Ruhestätter-Konkurrenz für die Zukunft auszuschneiden.

Berlin, den 5. Juli 1903.

Max Schippel.

**Versammlungsberichte etc.**

**Berlin I.** In der am 18. Juli abgehaltenen Versammlung wurde unter anderem der Punkt Wahl eines Redakteurs erledigt. Nachdem vom Vorsitzenden die 7 vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten bekannt gegeben, wurde von der Versammlung Genosse Zahn zur Wiederwahl empfohlen. Es wurden die langjährigen Verdienste des bisherigen Redakteurs und auch sein Interesse, welches er dem Verbandsentgegengebracht hat, hervorgehoben. Es fiel nur die plötzliche Meinungsverschiedenheit auf, welche in letzter Zeit zwischen dem Vorstande und Redakteur entstanden ist. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung bekam Genosse Zahn 6 Stimmen Genosse Biesch 1 Stimme, und erwartet die Zahlstelle Berlin I., daß auch die andern Zahlstellen dasselbe Resultat erzielen.

(Das Wahl-Resultat der Zahlstelle Berlin I ist ungültig, nach den in Nr. 28 der „A.“ bekannt gegebenen Bestimmungen über die Neuwahl eines Redakteurs. Es ist charakteristisch für die Zahlstelle Berlin I., daß auch nicht ein einziges Mitglied im Stande gewesen ist, die Versammlung auf die Ungültigkeit der Wahl aufmerksam zu machen.)

**Der Vorstand.**

**Berlin II.** In der am 11. dieses Monats bei Wollschläger stattgehabten Versammlung berichtete der Vorsitzende über die Situation in Lettau; dieselbe sei im wesentlichen unverändert, erst einige Arbeitswiltige seien zu verzeichnen. Die Zahlstelle habe bis dato 150,10 Mk. auf Listen für die Ausgesperrten gezeichnet, es sei notwendig, daß alle Kollegen auch weiter sich an den Sammlungen rege beteiligen. Weiter wird über die Differenz bei der Firma Hackenberg und March berichtet, woraus hervorgeht, daß die Firma abgelehnt hat, den verlangten Zuschlag für Ueberstunden zu zahlen, trotzdem haben zwei Kollegen, entgegen den Abmachungen mit der Lohnkommission, die Arbeit dort aufgenommen. (Stephan und Kammerer) diese werden der Beachtung der Kollegen empfohlen. Mitglied W. Recht ist von auswärts hier in Arbeit getreten, (bei Firma Raubert) ohne den Arbeitsnachweis zu benutzen. Die dort beschäftigten Kollegen erklären, daß Raubert Maler verlangt aber keine hier erhalten habe und deshalb habe er durch Vermittelung von Bekannten den Kollegen von auswärts engagiert, derselbe sei aber bereits wieder gekündigt. Die Versammlung tadelt das Verhalten Rechts, auch lege ein Theil Schuld an den dort beschäftigten Kollegen, die es nicht der Mühe werth fanden, von der Sache weder der Verwaltung noch der Lohnkommission etwas mitzutheilen. Die Versammlung spricht sich daher aus, daß, wenn A.'s Kündigungszeit abgelaufen, er dort nicht weiter arbeiten darf, sondern er habe sich im Arbeitsnachweis einschreiben zu lassen und zu warten bis bezüglich Besetzung einer Stelle die Reihe an ihn ist. Ueber die halbjährige Statistik berichtet der Vertrauensmann in vorzüglicher Weise und wird von der Versammlung gewünscht, daß der Bericht in dem Verbandsorgan Aufnahme finden soll. Der Kollege Kuly giebt bekannt, daß die Agitation unter den Fachmalern sehr erschwert sei, durch die an dieselben gesandte Karte, worin das Nichterscheinen in der Versammlung am 1. Mai montiert wird. Es hätten sich viele dahin ausgesprochen, der Organisation den Rücken zu kehren. Es wird der Wunsch geäußert, diesen Kollegen den Zweck und die Ziele der Organisation in eingehender Weise vor Augen zu führen, und wird hierzu der Vertrauensmann beauftragt. Da die Zeit vorgeschritten, wird beschlossen, den Rest der Tagesordnung in der am 18. dieses Monats stattfindenden außerordentlichen Versammlung zu erledigen.

**Wahl.** Die am 4. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung war von 106 Mitgliedern besucht. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte die Versammlung des verstorbenen Verbandsmitgliedes Hermann Schulze und erhob sich die anwesenden Mitglieder zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Nachdem Punkt 1 und 2 der Tagesordnung, Kassiren der Beiträge und Verlesen des Protokolls erledigt waren, wurde zu Punkt 3, Verschiedenes, übergegangen. Ueber die Lage der Lettau Verbandsgenossen wurden die Mitglieder durch die Berichte in der „Ameise“ orientirt und wird beschlossen Sammellisten in Umlauf zu setzen, wozu die Mitglieder zur regen Zeichnung und fleißigen Entnahme von Streikmarken aufgefordert wurden. Von den Bestimmungen des Arbeitsnachweises der Eisenberger Verbandsgenossen wurde die Versammlung durch Verlesen derselben in Kenntniß gesetzt. Zur Stärkung der örtlichen Unterstützungskasse, aus welcher bedürftige, durch lange Krankheitsdauer heimgesuchte Verbandsmitglieder Unterstützung erhalten, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Zahlstellenversammlung beschließt, den örtlichen Unterstützungsfond in folgender Weise zu stärken. — Jedes Mitglied zahlt am Montag, den 6. Juli 10 Pfg. Nach jedem Todesfall werden von jedem Mitgliede weitere 10 Pfg. erhoben. Von diesem Betrage wird dem verstorbenen Mitglied ein Kranz gewidmet und den Hinterbliebenen 12 Mark gezahlt.“ — Ferner wurde das frühzeitige Entfernen vor Schluß der Versammlung getadelt und ist es wirklich bedauerlich, daß seitens der Verbandsmitglieder nicht mehr Interesse zu der nur alle Monate stattfindenden Zahlstellenversammlung entgegengebracht wird und wird es sich eventl. nöthig machen, bei künftigen Versammlungen, vor Schluß, die Präsenzliste über die Anwesenheit der eingetragenen Mitglieder in derselben einer Prüfung zu unterziehen. Weiter wurde den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht, daß der Kassirer jeden Sonnabend von abends 7—9 Uhr im Rosengarten zur Erledigung aller Verbandsangelegenheiten anwesend ist. Zu allen anderen Fällen, welche eine frühere Erledigung benötigen, sei mitgetheilt, daß sich jetzt die Wohnung des Kassirers nicht mehr Köpfergasse, sondern Bachstraße 15, III Treppen, befindet. Nachdem die Mitglieder nochmals für zahlreicheren Besuch und rege Agitation für das am 12. Juli im Rosengarten stattfindende Gewerkschaftsfest ausgesprochen wurden und die Tagesordnung nunmehr ihre Erledigung gefunden hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Langevieser.**

In der am 11. Juli stattgefundenen gut besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, 15 Mark zur Unterstützung der durch die Unternehmer in Lettau ausgesperrten Porzellanarbeiter zu senden. Gleichzeitig wurde beschlossen, da schnelle Hilfe die wirksamste ist, Sammellisten zirkuliren zu lassen um größere Beträge nach Berlin absenden zu können. Der an die Mitglieder ergangenen Einladung zum Gewerkschaftsfest in Stadtilm konnten nur wenige ihre Zusage geben, da der größte Theil der Mitglieder bei der fallenden Spar- und Darlehnskasse theilhaftig und an demselben Sonntag General-Versammlung angefaßt ist, hingegen wurde für das Gewerkschaftsfest Jmenau am 2. August, einer regeren Beteiligung zugestimmt. Den Mitgliedern wurde bekannt gegeben, daß das diesjährige Gewerkschaftsfest am Sonntag, den 16. August in würdiger Weise gefeiert werden soll. Bevor die Versammlung geschlossen wird, giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Wahl eines Redakteurs für die „Ameise“ Sonnabend den 18. Juli, Abends 9 Uhr vorgenommen wird, um zahlreiche Beteiligung aller Mitglieder wird hierdurch ersucht.

**Wollschappel.**

Von 25 Mitgliedern war der am 20. Juni im Garten des Deutschen Hauses abgehaltene Zahlabend besucht. Gen. Schmitz empfahl, tüchtig Streikmarken zu kaufen, indem Lettau sehr nöthig Geld braucht. Gleichzeitig stellte derselbe auch den Antrag: 15 Mk. aus der freiwilligen Kasse nach Lettau zu senden. Einstimmig wurde der Antrag angenommen. Antrag Lange: Einem schon lange kranken Kollegen aus dem Unterstützungsfond einen Zinsbetrag zu bewilligen, wurde beigestimmt und der Antrag Widmann, auf 10 Mk. gegen 1 Stimme angenommen. Gegen eine Stimme wurde ebenfalls der Antrag Berger, eine Nachmittagspartie zu machen, angenommen. Sammelpunkt ist der Tharandter Bahnhof und wird von da aus die Partikie nach Gartha, Speßhauer unternommen. Als Tag dazu ist der 19. Juli bestimmt. Näheres darüber wird noch bekannt gegeben. Ferner gab über die Thätigkeit des Gewerkschaftsstarrels unser Vertreter einen kurzen Bericht und ist folgendes aus demselben hervorzuheben. In der Deubener Sammel-fabrik hatten 80 Mädchen wegen einer Lohnreduzierung und schlechten Garderobenverhältnissen die Arbeit niedergelegt. Dieselben wandten sich an das Gewerkschaftskartell, obgleich dieselben nicht organisiert waren, und ist auch durch Vermittelung desselben eine Entgelt erzielt worden; die Mädchen



haben sich jetzt dem Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter angeschlossen. Nach sehr mißfälligen Bemerkungen über den Vorstand, der den Zahlstellen den Vorwurf macht, daß dieselben vom Beihilfefond mehr gezogen als Beiträge gezahlt und einem lebhaften Wunsch nach pünktlicherem Anfang unserer Versammlungen, wurde der Zahlabend geschlossen.

**Bohenstrauß.** In letzter Versammlung wurde nach den Ausführungen des Zahlstellenvorstandes über die Aussperrung in Lettau, und darauf folgender Diskussion, Folgendes beschlossen: „pro Kopf und Woche ist vorläufig 20 Pfg. zu zahlen, sofern notwendig, soll eventl. diese Steuer entsprechend erhöht werden. Die Einzahlung erfolgt 14 tägig vom 20. Juni ab.“ Bezüglich obligatorischer Einführung des Beihilfefonds im Verband wurde ein Antrag, der für diese Einführung spricht, mit 12 gegen 2 bei einer Stimmenthaltung, angenommen. Die weitere Mitgliedschaft des Gen. Birkl betreffend wird beschlossen, diesbezüglich mit dem Vorstand in Verbindung zu treten. Ein Fachorgan soll wieder bestellt werden; auf den bevorstehenden Quartalsabschluß wird aufmerksam gemacht und hierauf die Versammlung geschlossen.

**Kahla.** Bezugnehmend auf die Besetzung der Redakteurstelle unseres Verbands-Organs empfiehlt die Zahlstelle Kahla von den in engerer Wahl stehenden Kandidaten den Genossen Fritz Zietisch-Saalfeld. Derselbe ist der hiesigen Zahlstelle als ein tüchtiger Redner und Agitator auf das vortheilhafteste bekannt. Wir hatten des öfteren Gelegenheit denselben in unserer Mitte sprechen zu hören und würden wir nie einen Fehlgriff thun, wenn der Genosse Zietisch gewählt würde. Wir ersuchen alle Zahlstellen dahin wirken zu wollen ihre Stimmen für Genannten abzugeben. Als nächstliegende, größere Zahlstelle halten wir es für unsere Pflicht, für denselben einzutreten, weil er vielleicht noch vielen Zahlstellen unbekannt sein wird und sind der festen Ueberzeugung, daß er die Aufgaben, welche als Redakteur und Agitator an ihn gestellt werden lösen kann und wird.

Der Vorstand der Zahlstelle Kahla  
H. Müller und Schulze.

**Druckfehler-Berichtigung.** In dem Artikel des Genossen Zietisch-Saalfeld, muß es in der 4. Spalte 19. Zeile von oben heißen „auch noch der letzte Glaubensrest an die Harmonie . . .“ (nicht Glaubensrecht). In derselben Spalte, 38. Zeile von oben: „Über Thorheit“ (nicht Vortheit). Und in der 18. Zeile von unten muß die „Feindschaft“ die „Freundschaft“ ersetzen. (Obige Druckfehler besanden sich nur in einem kleineren Theile der Auflage.)

### Briefkasten.

Berichte von Tiefenfurt, Hüttensteinach, Nymphenburg und Meissen in nächster Nummer.

### Adressen-Nachtrag.

**Eisenberg.** Schriftf.: Alfred Hoffmann, Maler, Turnerstraße.  
**Gitschberg i. Schlef.** Kassirer Martin George, Dreher, wohnt jetzt Schmiedeberg, Liebaustr. 41.  
**Rudolstadt.** Vors.: Rudolf Kämerer, Former, Volkstedt.

### Versammlungskalender.

**Altwasser.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung über Redakteurwahl. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.  
**Berlin-Moabit.** Montag, 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr bei Pfarr, Nuttlitzstr. 10.  
**Berlin II.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Mitgliederabstimmung über Redakteurwahl. Bericht über den Arbeitsnachweis. Verschiedenes.  
**Blaustein.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Redakteurwahl.  
**Bonn-Doppelsdorf.** Sonntag, 19. Juli im Vereinslokal. Pünktlich und zahlreich erscheinen.  
**Budau.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 6 Uhr bei Westphal, Dorotheenstr. 14.  
**Charlottenburg.** Versammlung nicht am 25. Juli sondern am 18. Juli. Redakteurwahl.  
**Döbeln.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr bei Hempel. Wahl eines Redakteurs, sowie die Tagesordnung der letzten wegen zu schwachen Besuches nicht stattgefundenen Versammlung. Das Erscheinen Aller ist diesmal ganz besonders Pflicht.  
**Eisenberg.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 1/2 9 Uhr außerordentl. Versammlung im „Gambinus“.  
**Frankfurt a. M.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Bierheilig, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56.

**Freienortla.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Saalthal Naschhausen.

**Gräfenhain.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Schießhaus. Wichtige Tagesordnung. Quartalsabschluß.

**Geschwend.** Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Redakteurwahl. Quartalsabschluß.

**Gräfenroda.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluß. Redakteurwahl.

**Höhr.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluß.

**Jürienuau.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 im Saale „Zur Sonne“. Mitgliederabstimmung, sowie im Uebrigen wichtige Tagesordnung.

**Kahla.** Montag, den 20. Juli, Abends 8 Uhr außerordentl. Versammlung. Redakteurwahl. Alle erscheinen.

**Kolmar i. P.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung bei Berch. Kassieren der Beiträge zum Quartalsabschluß. Redakteurwahl. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

**Langewiesen.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Wahl eines Redakteurs für die „Ameise“. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, sich an der Wahl zu betheiligen.

**Marktredwitz.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Alle erscheinen.

**Wittertsch.** Sonnabend, 18. Juli im Vereinslokal. Auf besseren Versammlungsbesuch werden die Mitglieder aufmerksam gemacht.

**Nürnberg.** Sonnabend, 25. Juli im „Felsenacker“. Wahl eines Vorsitzenden. Geschäftliches. Quartalsabschluß. Deshalb alle erscheinen.

**Oberhausen.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Kretzer.

**Oberlind.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr bei Bruner.

**Oberöditz.** Sonntag, 19. Juli, Nachmittags 2 Uhr im „Kaiser Günther“. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

**Pforzheim.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 9 Uhr im „Stuttgarter Hof“. Zahlabend, mozu alle Beitrag leistende Mitglieder eingeladen sind. Dienstag, 28. Juli, ebendasselbst, Versammlung.

**Probstzella.** Sonntag, 19. Juli, Nachmittags 3 Uhr bei Amandus Oswald. Wichtige Tagesordnung. Beitragsrestzahlen. Quartalsabschluß.

**Pottschappel.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 1/2 7 Uhr pünktlich im Gasthof zum „Deutschen Haus“. Zahlabend. Wahl des Redakteurs. Statistik. Sommerfest betr. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Regensburg.** Sonntag, 19. Juli, Nachm. 8 Uhr bei Dechant, Steinweg.

**Rosslau.** Montag, 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zur „goldenen Krone“.

**Selb.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Man wolle zahlreich und pünktlich erscheinen.

**Tiefenfurt.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Redakteurwahl.

**Tiefenreuth.** Sonnabend, 18. Juli im Restaurant „Wurm“. Redakteurwahl.

**Uhlstädt.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr bei Pfister.

**Unterpörlitz.** Sonnabend, 18. Juli, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Wahl eines Redakteurs für die „Ameise“. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

**Unterweißbach.** Freitag, 17. Juli, Abends 7 Uhr im Bichtelthal. Quartalsabschluß, außerdem wichtige Tagesordnung.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt  
**H. Haupt, Dresden-A.**  
Sammerstr. 12.

**Goldschmiedere,** goldhaltige Lappen und Flaschen laßt zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
**Oskar Rottmann, Stadtkm, Th.**

**Dreher Schwämme** wieder eingetroffen und empfiehlt billigst  
**B. Seibold, Handlung.**  
Wunsiedel.

So schnell schickt zu **GOLD** u. alle Abfälle  
Reelle Bed. **Hammermüller**  
H.H. Nieder-Planitz i./S. Zwickauer Str. 86.

Alle goldhaltigen Sachen  
**Otto Seifert**  
Zwickau S. Osterwühlstr. 18

**Emil Böhme**  
Eisenberg S.-A.  
Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

**Achtung!** Wegen einer wichtigen Angelegenheit bedarf ich die Adresse des Modellers Herrn **Germann Bäß** aus Lauscha. Die Genossen und Kollegen, welche den derzeitigen Aufenthalt des B. wissen, werden ersucht mir sofort dessen Adresse mitzutheilen. [1,40 Mt.]  
**Aug. Holland, Maler, Gräfenroda.**

**Berlin II. Einzelmitglieder.**  
Für die Ausgesperrten in Lettau habe ich folgende Gelder erhalten: Berlin 108,— Mt., gesammelt auf dem Sommerfeste des Sparvereins Berlin-Moabit 11,55 Mt., Dortmund 4,— Mt., Grünhain 0,56 Mt., Floersgehofen-Erfurt 11,— Mt., Krummenaab einschließlich Selber Verbandsmitglieder und Nichtmitglieder 10,— Mt., Leipzig 6,85 Mt., Meuselwitz Dreher und Dreherinnen 4,55 Mt., Straßburg 4,20 Mt. Ersuche um weitere Einzahlungen. Die Beiträge für das 2. Quartal müssen bis zum 20. Juli 1908 eingesandt werden.  
**Carl Munt,**  
Berlin SO. 26, Reichenbergerstr. 28, Hof II.

**Döbeln.** Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß, daß Sonnabend, den 25. d. M. der Abschluß pro 2. Quartal unbedingt fertig gestellt wird und sind alle Beitragsreste bis dahin spätestens zu begleichen.  
**Der Vertrauensmann.**

**Gräfenroda.** Den resignierenden Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich bis zum 20. d. M. den Abschluß fertig stelle. Alle Restbeiträge sind bis dahin zu begleichen, andernfalls ich die Mitglieder zur Abmeldung bringen muß.  
**Der Kassirer.**

**Vordamm.** Es diene den Mitgliedern zur Kenntniß, daß sämtliche Restbeiträge bis zum 18. d. Mts. bezahlt werden müssen. Der Abschluß wird am 20. Juli fertig gestellt.  
**Der Kassirer.**

**Suhl. Achtung!** Den Mitgliedern der Zahlstelle Suhl, die nicht in der Versammlung am 12. Juli waren, zur Kenntniß, daß der Beschluß gefaßt worden ist, so lange der Streit in Lettau dauert, pro Mitglied und Woche 10 Pfg. zu steuern. Möge dies Jeder alle Woche pünktlich entrichten.  
**Der Zahlstellenkassirer.**

**Röln-Schrenfeld.** Es diene hierdurch den durchreisenden Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich keine freiwillige Unterstützung, mehr bezahlen kann, da der 8 pCt.-Fond nicht ausreicht.  
**Ludwig Geier, Kassirer.**

**Grünstadt.** Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich den Abschluß bestimmt am 19. d. Mts. fertig stelle. Bitte bis dahin die Reste zu begleichen.  
**Joh. Krämer, Kassirer.**

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.**  
Druck u. Verlag: **Dito Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 62.**